

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904

8.7.1904 (No. 250)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 8. Juli.

№ 250.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.

1904.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewogen gefunden, dem ordentlichen Professor Dr. Anshütz in Heidelberg die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm von Seiner Erlaucht dem Graf-Regenten des Fürstentums Lippe verliehenen II. Klasse des Fürstlich Lippischen Hausordens zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 30. Juni d. J. gnädigt geruht, mit Wirkung vom 1. Juli d. J. dem Postinspektor Albert Kötzig aus Karlsruhe eine Bureaubeamtenstelle I. Klasse bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion Karlsruhe und dem Oberpostinspektor Ernst Knebel aus Konstanz unter Verleihung des Charakters als Postinspektor die Kassiererstelle bei dem Postamt in Konstanz zu übertragen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Reichsfinanzen.

In den verschiedenen Reichsressorts widmet man sich mit großem Eifer gegenwärtig den Etatsarbeiten für das Finanzjahr 1905. Die Reichsressorts sind nämlich verpflichtet, ihre Forderungen für den neuen Etat jedesmal bereits bis zum 1. August dem Reichsschatzamt mitzuteilen. Es sind nur noch wenige Wochen bis zu diesem Termine, dann muß das Reichsschatzamt im Besitze der Anmeldungen sein. Diese werden zunächst im letzteren Amte einer genauen Prüfung unterworfen, dann finden Konferenzen zwischen den Kommissaren der beteiligten Verwaltungen über etwa strittige Positionen statt, und schließlich geht das Ergebnis aller dieser Erörterungen, Prüfungen und Beratungen an den Bundesrat, um von diesem in der Form festgesetzt zu werden, wie der Etatsentwurf dem Reichstage unterbreitet werden soll. Man kann sicher sein, daß bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reichs die Neuforderungen des nächstjährigen Etatsentwurfs sich wieder auf die Befriedigung der allerdingendsten und notwendigsten Bedürfnisse beschränken werden. Trotzdem dürfte der Etat für 1905 kaum ein günstigeres Aussehen erhalten können. Im Reich besteht eben ein Mißverhältnis zwischen den eigenen Einnahmen und Ausgaben, das, wie es sich schon in den letzten Jahren unliebsam bemerkbar gemacht hat, wohl auch noch im künftigen eine unerfreuliche Einwirkung auf die Etatsgestaltung ausüben wird. Als ziemlich sicher darf angenommen werden, daß der Etat für 1905 dem Reichstage noch vor den Weihnachtsferien vorgelegt werden wird. Wenn der Etat für 1904 dem Reichstage erst nach den Weihnachtsferien des Vorjahres unterbreitet wurde, so war der Grund dafür mit in den aus der Fertigstellung des neuen Zolltariffs hervorgegangenen Verhältnissen zu suchen. Man wollte damals durch die Etatsarbeiten das große Werk der Zolltarifrevision, das ja denn auch zustande gekommen ist, nicht stören lassen. Diesmal dürften ähnliche Verzögerungsgründe sich kaum einstellen. Da außerdem auch schwerlich Etatsänderungen zu erwarten sind, die nicht schon bekannt und längere Zeit erwogen sind, so dürfte sich auch in der Herstellung des Entwurfes selbst ein Verzögerungsgrund nicht ergeben. Man wird demgemäß schon damit rechnen können, daß der Reichstag bald nach seinem Wiederzusammentritt im Herbst als eine der ersten Vorlagen den Etatsentwurf für 1905 zugestellt erhalten wird. Zu wünschen wäre nur, daß der Reichstag nicht wieder die rechtzeitige Fertigstellung des Etats unterläßt. Im Gegenteil würde eine Abfägung der Etatsberatungen gerade für den nächsten Tagungsabschnitt, in dem die Lösung so mancher anderen wichtigen gesetzgeberischen Aufgabe bevorsteht, für den Parlamentarismus und für das Vaterland von Nutzen sein.

Aus den Verwaltungsberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten in Elsaß-Lothringen.

Strasbourg, 6. Juli.

Nach den soeben veröffentlichten Verwaltungsberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten in Elsaß-Lothringen für das Jahr 1903 gab es am 1. Oktober 1903 im Unter-Elsaß 2746, im Ober-Elsaß 2875 und in Lothringen

1275, also zusammen 6396 Fabriken und diesen gleichgestellte Anlagen mit 183,354 Arbeitern, wovon auf Unter-Elsaß 58135, auf Ober-Elsaß 82909 und auf Lothringen 47810 entfallen. Dazu kommen noch 20818 Arbeiter, die im Bergbau und in den unterirdischen Brüchen beschäftigt sind, so daß sich ein Arbeiterbestand von insgesamt 204172 Köpfen ergibt. Hier von waren 147493 erwachsene männliche Arbeiter, 42233 Arbeiterinnen über 16 Jahre, 8177 männliche und 5812 weibliche junge Leute zwischen 14 bis 16 Jahren und 118 männliche und 839 weibliche Kinder unter 14 Jahren.

Die Gewerbe-Aufsichtsverwaltung ist hierzulande dahin geordnet, daß für die Bezirke Ober-Elsaß 2 Gewerbe-Aufsichtsbeamte mit dem Sitze in Kolmar und Mülhausen, Unter-Elsaß mit dem Sitze in Ströburg und Lothringen mit dem Sitze in Metz bestellt sind. Die Aufsichtsbereiche in Kolmar und Metz sind zugleich technische Referenten für gewerbliche Angelegenheiten bei den betreffenden Bezirkspräsidien. In Ströburg ist der Referent für gewerbliche Angelegenheiten beim Ministerium für Elsaß-Lothringen Geh. Regierungsrat Dr. Wolff auch Referent beim Bezirkspräsidium. Den Berichten seien folgende Einzelheiten entnommen:

Unter-Elsaß.

Der persönliche Verkehr von Arbeitgebern, Arbeitern und sonstigen Interessenten mit dem Amte war gleich lebhaft wie in den Vorjahren und vielfach nicht nur in den Sprechstunden in der Amtsstube sondern jederzeit, bei jeder Gelegenheit und an jedem Orte. Soweit es gelang, den Anforderungen zu entsprechen oder sie mit den Gegeninteressen in billiger Weise auszugleichen, sind die Forderungen in der Regel befriedigt und auch für die Zukunft. Diese dankbar. Aber nicht immer in diesem Maße, und wenn z. B. dem Verlangen nach dauernder oder allzeit gehender Nachhilfe der Erfolg verweigert werden muß, tritt Enttäuschung und Mißmut sowie Ärger und Unzufriedenheit gegen den Beamten ein. Die gleiche Erfahrung macht man mit den Arbeitern, wenn beispielsweise deren Forderung auch die strafrechtliche Anzeige gegen die Arbeitgeber verlangt und diese aus guten Gründen verweigert werden muß. Die Anzahl der Betriebe, welche nicht den Fabriken gleichgestellt, aber durch Bekanntmachungen des Reichskanzlers geregelt sind, betrug im Bezirk 1479, darunter 603 Bäckereien und Konditoreien und 805 Gast- und Schankwirtschaften. Es konnten davon nur 8 revidiert werden. In den 1479 Betrieben wurden 3932 Personen beschäftigt, wovon 1522 weibliche Personen in Gast- und Schankwirtschaften tätig waren. Der Prozentsatz der jugendlichen Beschäftigten war im Schankgewerbe = 6,8 Proz., in den Bäckereien und Konditoreien = 13,9 Proz. Die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitstätigkeit war noch immer eine recht mangelhafte. Hierzu trägt viel die geringe Wertschätzung, welche viele Arbeitgeber den Arbeitstätigen zuteil werden lassen. Auch bei den Lohnzahlungsbüchern wird häufig die gute Absicht des Gesetzgebers infolge der Nachgiebigkeit der Arbeitgeber durch die Arbeiter selbst vereitelt, die sie entweder gar nicht annehmen oder ihren Eltern nicht vorzeigen. Die Tendenz weiblicher Arbeiter an die Stelle männlicher zu setzen, ist in dem Berichtsjahre weniger als sonst hervorgetreten. Die Aufsicht umfaßt 2746 Fabriken und gleichgestellte Anlagen mit 58135 Arbeitern. In 478 Fabriken usw. mit 23832 Arbeitern wurden 718 Revisionen vorgenommen. Betreffs der Arbeitszeit sind wesentliche und allgemeine Änderungen nicht mehr vorgenommen worden. Die Führung der Sonntagsarbeitsverzeichnisse unterbleibt noch häufig oder geschieht mangelhaft. Der im Beginn der Bauperiode von den organisierten Bauarbeitern herbeigeführte Ausstand wurde von den Arbeitgebern mit einer Sperre über ihre Bauten beantwortet. Der über ein Vierteljahr anhaltende Kampf, welcher von Vielen als ein Kampf um die sozialwirtschaftliche Herrschaft aufgefaßt wurde zeigte in seinem Verlaufe alle Merkmale weitgehender Verbitterung und leidenschaftlicher Erregung bis zu Ausschreitungen von zum Teil brutaler Art. Overtbare Vorteile erheblicher Art erlang keine der beiden Parteien, schwere Nachteile hat jede gehabt. An Betriebsunfällen gelangten 1480 zur Anzeige; es verstarben dabei 12 männliche und 2 weibliche Erwachsene. Hinsichtlich der Beseitigung gesundheitsschädlicher Einflüsse werden die Zustände fortschreitend besser. Auch was die wirtschaftlichen und sittlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung und die Wohlfahrteinrichtungen anbelangt, sind erfreuliche Besserungen wahrzunehmen.

Ober-Elsaß.

Die Inanspruchnahme des Amtes durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat ungefähr den gleichen Umfang beibehalten wie im Vorjahre. Während in Mülhausen die Zahl der Arbeitgeber überwiegt, ist in Kolmar die der Arbeitnehmer größer. In Kolmar macht sich der Einfluß des neuerrichteten Gewerbegerichts insofern bemerkbar, als jetzt viel seltener Streitigkeiten betreffend die Auflösung des Arbeitsverhältnisses zur Sprache kommen. Die Zahl der bei den Fabriken nicht gleichgestellten Betriebe, für welche aber besondere Vorschriften durch den Bundesrat erlassen sind, belief sich auf 1530, von denen 632 Bäckereien und 808 Gast- und Schankwirtschaften sind. 33 wurden revidiert. Die Zahl der Revisionen ist kleiner geworden, während die Zahl der gemeldeten Betriebe zugenommen hat. Der Grund der Abnahme der Revisionstätigkeit liegt teils in vermehrter Bureauarbeit, teils verlangen die Revisionen einen größeren Zeitaufwand. Die Zahl der Betriebe, welche jugendliche Arbeiter beschäftigen, hat wieder zugenommen, ebenso die Zahl dieser Arbeiter. In der Führung der Arbeitstätigkeit ist keine Besserung zu verzeichnen. Bei den Lohnzahlungsbüchern ist zu bemängeln, daß die Unterschrift des Arbeitgebers vielfach einfach durch Stempel vollzogen wird. Andererseits beschleunigen die Arbeiter häufig selber die Eintragungen und nehmen das Buch überhaupt nicht mit nach Hause. Dem Buche Wert und Achtung durch Aufnahme von betreffenden Bestimmungen in die Arbeits-

ordnungen zu verschaffen, wird meistens abgelehnt. In den 2875 Fabriken und gleichgestellten Anlagen wurden 82.909 Arbeiter beschäftigt; dazu kommen in den 1530 zu revidierenden Handwerksbetrieben noch 3482 Arbeiter hinzu, so daß 86.391 zu revidierende Betriebe mit 86.391 Arbeitern vorhanden waren. 703 Revisionen wurden in 544 Fabriken usw. mit 27.598 Arbeitern vorgenommen. Als Grund für die bei Abänderungen bestehender Arbeitsordnungen erfolgte Aufhebung der Kündigungspflicht wurden wiederholt Urteile eines Gewerbegerichts angegeben, bei welchen den Bestimmungen der Arbeitsordnungen nach Ansicht der Arbeitgeber nicht der erforderliche Wert beigelegt wird. 32 Streiks kamen zur Kenntnis. Bei dem Streik der Wollwebereien wurde der Kampf bis aufs äußerste geführt. Die Arbeiter wollten grundsätzlich die Anerkennung der Bestimmungen der §§ 615 und 616 des B.G.B. durchsetzen, sie erhielten auch dazu Unterstützung vom Zentralverband der deutschen Textilarbeiter. Leider ließen sich aber auch die Arbeiter zu Ausschreitungen hinreißen. Schließlich errichteten die Streikenden weiter nichts, als daß zukünftig der Vorstand der Krankenkasse als Arbeiterauschuß gelten soll. Anzeigen von Unfällen liefen 1440 ein, darunter waren 12 Todesfälle. Die Unfälle haben gegen das Vorjahr um 176 oder 13,9 Proz. zugenommen. Wesentlich höhere Unfallzahlen finden sich beim Bau- und Bergbau. In der Textilindustrie ereigneten sich zahlreiche Unfälle wieder beim Reinigen im Gange befindlicher Maschinen. Die Vorkehrungen zur Abwendung gesundheitsschädlicher Einflüsse werden den gesetzlichen Vorschriften entsprechend mehr und mehr durchgeführt. Auch an Wohlfahrteinrichtungen für Arbeiter ist erfreulicherweise wiederum manches Neue zu verzeichnen.

Lothringen.

Die Beziehungen des Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu den Arbeitgebern sind auch im Berichtsjahre gut gewesen; doch mußte die Durchführung notwendiger Maßregeln des Arbeiterschutzes häufiger auf dem Wege der polizeilichen Verfügung oder durch Einleitung des gerichtlichen Verfahrens erzwungen werden. Die Zahl der ratifizierenden oder sich beschwerenden Arbeitnehmer ist auf das 2/3fache des vorigen Jahres gestiegen. Nach den neuen Vorschriften versicherungspflichtiger Anlagen, die nicht zu den Fabriken gehören, gab es im Bezirke 1332 mit 447 Bäckereien und Konditoreien, sowie 488 Gast- und Schankwirtschaften. Davon wurden 179 revidiert. Die Ausführung der Bestimmungen über die Arbeitstätigkeit ist noch immer eine sehr mangelhafte. Die bisher mit der Einführung der Lohnzahlungsbücher gemachten ungünstigen Erfahrungen haben sich nicht gebessert. Die Art der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter gab wieder zu verschiedenen Beanstandungen Anlaß. Für das Handwerk ist die Verklammerungsfrage durch die Handwerkskammer für Elsaß-Lothringen geregelt, deren Anordnungen geeignet sind, groben Auswüchsen abzuwehren, an manchen Stellen jedoch hart empfunden werden. Da die jungen Leute die alsbald lehrende Beschäftigung in den Fabriken vorziehen, so ist es häufig schwierig Verklammerung zu bekommen, und noch schwieriger in kleineren Orten, die erforderliche Zahl an Gesellen zu gewinnen, um genug Lehrlinge einstellen zu dürfen. In den Glashütten wird über Mangel an jugendlichen Arbeitern geklagt trotz erhöhter Löhne. Auch für die Glaskleber fehlt es an Nachwuchs, so daß in einer einzigen Fabrik an 100 Schleiferstellen nicht besetzt werden konnten und die Produktion eingeschränkt werden mußte. Die Art der Beschäftigung weiblicher Arbeiter hat nur in vereinzelten Fällen Anlaß zu Beanstandungen gegeben.

In den 1275 Fabriken aus gleichgestellten Anlagen wurden 47.810 Arbeiter beschäftigt. 717 Revisionen wurden in 593 Fabriken usw. mit 42.164 Arbeitern vorgenommen. Die Bestimmungen über die Arbeitszeit sind in den Steinbrüchen und Steinhauerbetrieben nur sehr schwer zur Durchführung zu bringen, nicht minder in den Bäckereien. Hinsichtlich der Sonntagsarbeiten wurden vielfache Verstöße festgestellt. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitsordnungen auch auf die Bauten ausgebeht würden. Arbeitsausstände und Lohnbewegungen kamen 8 zur Kenntnis, wovon 4 auf das Baugewerbe entfielen. In der Bildung neuer und in der Entwicklung älterer Arbeiterorganisationen hat sich bis jetzt eine wesentliche Förderung nicht besonders bemerkbar gemacht. Derartige Bestrebungen haben in den Arbeiterkreisen der Großindustrie noch wenig Eingang gefunden und auch beim Handwerk ist der Erfolg meistens ein unbedeutender. Von einer Arbeitslosigkeit kann in Lothringen nicht mehr die Rede sein. Die bestehenden städtischen Arbeitsnachweise wurden nur wenig in Anspruch genommen. Ausländer wurden in meist größerer Anzahl als früher beschäftigt. Klagen der inländischen Arbeiter hierüber sind bisher nicht laut geworden. 2607 Betriebsunfälle wurden zur Anzeige gebracht. Die Zahl der Todesfälle betrug 32. Die Bestimmungen über die Abwendung gesundheitsschädlicher Einflüsse wurden fortgesetzt weiter durchgeführt; man sieht jedoch auch noch auf manche Schwierigkeiten dabei. Die Lage des Arbeitsmarktes im allgemeinen und insbesondere in der Eisenindustrie hat sich wesentlich gebessert und kann heute als günstig bezeichnet werden. Die fortschreitende Entwicklung der Industrie wirkt zugleich auf die Lohnverhältnisse der Arbeiter vorteilhaft ein, so daß die Löhne in manchen Stättenwerten wie in anderen Werken um 5 bis 6 Proz. erhöht wurden. Allerdings hält auch eine Tendenz zum Ansteigen der Lebensmittel und sonstiger Bedürfnisse an. Die von vielen Industriellen eingerichteten Konsumanstalten bestreben sich demgegenüber den Arbeitern billigere Waren zu beschaffen. Die Herstellung gesunder und nicht zu teuerer Wohnungen hat auch im Berichtsjahre eine weitere Entwicklung erfahren. Ledige erwachsene Fabrikarbeiter sind in Lothringen selten zu treffen. Der eingeborene Arbeiter lebt im Allgemeinen viel mehr in der Familie und ist weit weniger vergnügungssüchtig als der zugewanderte altdeutsche Arbeiter. Das früher hier un-

(Mit einer Landtagsbeilage.)

bekannt aus Altdeutschland eingeführt und von den Wirten nur allzu sehr begünstigte Vereinswesen mit seinen Festlichkeiten und sonstigen Veranstaltungen hat bereits sehr nachteilig auf den häuslichen Sinn auch der einheimischen Bevölkerung eingewirkt. Das in Mex eröfnete Volksbureau, welches den Zweck verfolgt, in schwierigen Fällen der sozialen Gesetzgebung den Minderbemittelten mit Rat und Tat unentgeltlich beizustehen, hat großen Zuspruch gefunden.

Mit diesen Ausführungen ist der reiche Inhalt der Berichte nicht erschöpft, aber schon die gegebenen Auszüge zeigen, daß darin viel Wertvolles zur Beurteilung der wirtschaftlichen und gewerblichen Verhältnisse enthalten ist.

Zum Aufstand in Deutsch-Südwestafrika.

(Telegramme.)

* Berlin, 6. Juli. Der „Deutschen Kolonialzeitung“ wird telegraphiert: In Windhuk hat am Sonntag, dem 3. Juli, in Anwesenheit des Gouverneurs, Oberst Leutwein, eine Versammlung der Abteilung Windhuk der Deutschen Kolonialgesellschaft stattgefunden. Dr. Nothbach hielt einen Vortrag über die vom Aufstand hervorgerufenen Schäden; er schätzte sie auf Grund des von ihm bearbeiteten Materials auf insgesamt sieben Millionen. Davon sind Schäden der Farmer 3 1/2 Millionen, der Kaufleute 2 1/2 Millionen, kleinere Verluste 1/2 Million, von ermordeten Formern 1/2 Million, Händlern 1/2 Million. Von 140 Farmen in den Bezirken Windhuk, Okavango, Karibib, Omaruru, Gobabis sind nur 11 betriebsfähig, die meist geschonten Ausländer gehören; einige sind teilweise betriebsfähig, in allen übrigen sind die Betriebsmittel völlig vernichtet. In den Bezirken Grootfontein und Outjo sind von 40 Farmen 24 betriebsfähig, sie gehören zum Teil Buren. Weil die Lage gefärrt erscheint, wird eine amtliche Nachricht über die Zusammenfassung der Entscheidungskommission gewünscht, die bald ihre Arbeit beginnen soll. Als Mitglied dieser Kommission wird Dr. Nothbach gewünscht. Während des Aufstandes sind bisher 123 deutsche Ansiedler ermordet worden und 35 im Kampfe gefallen.

Die Untersuchung der Karthäuserangelegenheit.

(Telegramme.)

* Paris, 7. Juli. Vor der Karthäuserkommission führte gestern Mascaraud den Beweis, daß er an dem nämlichen Tage, wo er nach Aussage des Karthäuserbruders Gendre die Grande Chartreuse besucht haben soll, in Paris an einer Sitzung des Gewerbegerichts als Zeuge teilnahm. — Mascaraud wurde, als er gestern den Sitzungssaal der Untersuchungskommission verließ, von den in den Wandelgängen der Kammer zahlreich anwesenden Deputierten und Journalisten begrüßt. Der Bericht der Kommission, Colin, wird jedenfalls seinen Bericht bereits übermorgen vorlegen. Man erzählt, daß der Bericht folgende Schlüsselsätze enthalten werde: 1. Die Feststellung, daß die Untersuchung die vollständige Ehrlichkeit des Ministerpräsidenten und seines Sohnes ergeben habe, und Mascaraud in ganz unbegründeter Weise in diese Angelegenheit hineingezogen worden sei; 2. das Bedauern darüber, daß der Ministerpräsident in der Sitzung vom 10. Juni von einem Bestechungsversuch gesprochen habe, da ein solcher niemals vorgekommen sei; 3. das Bedauern über gewisse Unregelmäßigkeiten in dem gerichtlichen Verfahren, die durch die Untersuchung zutage getreten sind. Der Bericht, der ganz kurz ist und das stenographische Protokoll sämtlicher Zeugenaussagen enthält, wird nächsten Dienstag in der Kammer verhandelt werden.

* Paris, 7. Juli. Ein nationalisiertes Provinzialblatt berichtet, daß die französische Regierung 500 Kisten Karthäuserlikör, die von den nach Tarragona ausgewanderten französischen Karthäusern erzeugt und versandt worden sind, an der französischen Grenze habe beschlagnahmen lassen. Die Regierung habe dieselbe Befugung allen anderen Zollämtern erteilt.

Die englische Tibetexpedition.

(Telegramme.)

* London, 7. Juli. Unterhaus. Am Schluß der Sitzung ersuchte Macneill um Auskunft über die Tibetexpedition. Brodrick erwiderte, die Regierung habe eine Bestätigung des Reuters Telegrammes über die Erstürmung der tibetischen Forts noch nicht erhalten. Die Politik der Regierung sei unverändert. Unterhandlungen können eingeleitet werden, sobald die Tibetaner einen kompetenten Beamten entsenden, der zum Unterhandeln ermächtigt sei.

* Gyangtse, 6. Juli. Die englischen Truppen haben heute das tibetische Fort gekürrt. Die Verluste sind unerheblich, soweit bekannt, ist ein Offizier gefallen.

* Gyangtse, 7. Juli. Bei der gestrigen Erstürmung des tibetischen Forts erlitten die Engländer folgende Verluste: 1 Offizier, 3 Mann tot, 4 Offiziere, 23 Mann verwundet.

Der russisch-japanische Krieg.

* Wenn auch nach den Regengüssen der letzten Zmitage am 4. Juni wieder heller Sonnenschein in der Mandchurie herrschte, und die Temperatur auf 30 Grad stieg, so müssen sich doch Russen und Japaner auf eine baldige Wiederholung der Regengüsse und infolge derselben auf abermalige Unterbrechung aller Operationen gefaßt machen. Insbesondere dürfte der Verkehr auf den drei südlichen, über das Jönchünlinggebirge führenden Flüsse, Dalin, Jönchünling und Modulin, bei Wiederbeginn der Regengüsse eingestellt werden müssen, da hier keine gedachten Straßen, sondern nur Karrenwege den Bergwall übersteigen. Da nun Japaner oder Russen sich im Besitz dieser Uebergänge befinden, so kann es sich bei neuen Regengüssen ereignen, daß die auf der Paghöhe befindlichen Truppen nicht nur nicht vorwärts, sondern auch nicht zurückgehen können, und daß auch ihre Verpflegung unüberwindliche Schwierigkeiten begegnet. Besonders beklagenswert ist das Los der Truppen, welche im Freien zu lagern verurteilt sind. Die Kriegsgeschichte weist in Europa kaum ein Beispiel auf, daß die Operationen von Armeen durch monatelange Regengüsse unterbrochen wurden. Eigentlich sollten Russen und Japaner, wenn sie ihr Menschenmaterial schonen wollen, Sommerregengüsse vermeiden, und es wird wohl den beiderseitigen Heerführern kaum etwas anderes

übrig bleiben, als wenigstens einen Teil ihrer Truppen in den mandchurischen Dörfern und Gehöften unterzubringen. Wenn diese Notwendigkeit eintreten sollte, so werden die Russen besser daran sein, als die Japaner, denn ihre Stellungen befinden sich in der Liautalebene, das heißt in jenem Teile der Mandchurie, der am dichtesten bevölkert ist, und wo auch die am besten gebauten Behausungen vorhanden sind. Das Bassin östlich des Liaoh und insbesondere die Gegend von Mukden und an der Straße und Eisenbahn, soll fast so dicht bevölkert sein, wie Böhmen. Außerdem befinden sich hier mehrere größere Städte, wie Niutschwang, Antou, Kiaojang und Mukden. Endlich haben die Russen in der Eisenbahn und in der sogenannten Kaiserstraße von Mukden bis Kaitshou zwei Verbindungen, welche auf jeden Fall selbst während der Regenzeit länger benutzbar bleiben dürften, wie die Gebirgspfade, auf denen die Japaner ihren Nachschub nach der Front befördern müssen. Sollten aber auch Bahn und Straße überflutet und zerstört werden, so würden die Russen immer noch in dem schiffbaren Kiaofsch eine wertvolle Verbindung haben. Uebrigens ist die im Liaotale befindliche russische Armee durchaus nicht auf den Nachschub angewiesen, da die vorjährige Ernte, die sonst im April und Mai über Antou verschifft wird, sich des Krieges wegen noch im Lande befinden dürfte, und außerdem noch einem alten chinesischen Gesetze für den Fall von Minderheiten zahlreiche Magazine (Staats-, Bezirks- und Gemeindemagazine) existieren, deren Vorräte der Armee zugute kommen können. Für die Japaner, die im Gebirge infolge der schlechten Verbindungen in letzter Zeit großen Mangel an Lebensmitteln gehabt haben sollen, bildet unter solchen Umständen das Bassin des Kiaofsch das Land, wo Milch und Sonig fließt. Ebenso wie General Bonaparte den halbverhungerten Soldaten der Republik von der Höhe der Alpen die üppigen Gefilde der Poebene zeigte, um ihren Mut anzufeuern und ihre Ausdauer zu stärken, so kann heute General Kuroki auf die Liaotalebene als auf das gelobte Land hinweisen. Die japanische Offensive begegnet am Motienpaß, über den eine dazwischenliegende Straße führt, den geringsten natürlichen Schwierigkeiten. In der Tat hat auch schon, wie den letzten Telegrammen aus St. Petersburg und Tokio zu entnehmen ist, der Vormarsch der Japaner in dieser Richtung begonnen.

Die Kämpfe in der Mandchurie.

(Telegramme.)

* St. Petersburg, 6. Juli. Der Russ. Telegr.-Ag. wird aus Liaojang vom 6. Juli gemeldet: Die Japaner begannen unsere Truppen auf beiden Flanken zu umgehen, mußten aber die Absicht aufgeben, da Kuropatkin durch mehrere geschickte Bewegungen eine vorteilhafte strategische und taktische Stellung einnahm, die ihm ermöglicht, die verschiedenen feindlichen Armeen jede einzeln längs der inneren Operationslinien anzugreifen. Um dieser Möglichkeit zu entgehen, haben sich die Japaner genötigt, ihren östlichen und westlichen Flügel zurückzugeben.

* London, 7. Juli. „Daily Telegraph“ berichtet aus Tokio von gestern: General Kuroki meldet über das Vorpостengefecht bei dem Motienpaß am 4. d. M.: Um 4 Uhr morgens umgingelten zwei Kompanien Russen unsere 2 Kilometer nordwestlich vom Motienpaß aufgestellten Bataillone. Es entspann sich ein verzweifelter Bajonettkampf. Der Feind zog sich zurück und wurde von der Hauptabteilung unserer Vorpösten verfolgt. Ungefähr zu derselben Zeit griff der Feind unsere Vorpösten westlich von Schiakoolin an, wurde aber hier ebenfalls zurückgewiesen. Wir hatten einen Verlust von 13 Toten. Außerdem wurden zwei Offiziere und 36 Mann verwundet. Der Feind ließ 53 Tote und 40 Verwundete zurück und erlitt während der Verfolgung noch größere Verluste.

* London, 7. Juli. Wie der „Daily Telegraph“ aus Liaojang telegraphiert wird, findet 25 Meilen von Liaojang seit zwei Tagen ein heftiges Gefecht statt. Eine Anzahl Verwundeter wurde auf Maultieren und Karren aus den Bergen nach der Stadt geschafft.

Vor Port Arthur.

* Tientsin, 7. Juli. Das Torpedoboot „Leutnant Burukoff“ ist am Sonntag von Niutschwang kommend in Port Arthur eingetroffen. Am Sonntag abend 9 Uhr machten vier japanische Torpedoboote einen Versuch, in den Hafen von Port Arthur zu gelangen, sie wurden jedoch von den Seitenbatterien bemerkt. Ein Torpedoboot wurde am Fuße des Goldenen Hügel, ein zweites unterhalb der Batterie 22 zum Sinken gebracht, dem dritten wurde der Schornstein fortgeschossen. Das letzte Boot zog sich zurück. Am Samstag wurden 50 japanische Spione an einem bisher nicht genannten Orte verhaftet. Die Züge verkehren bis auf 16 Meilen vor Port Arthur.

* London, 7. Juli. Nach einer Atondepesche aus Wladivostok vom 5. Juli, ist dort der englische Dampfer „Cheltenham“ am 2. Juli eingebracht worden. Man erwartet die Entscheidung des Preisgerichts.

* Konstantinopel, 6. Juli. Die Schiffe der russischen Freiwilligenflotte, „Petersburg“ und „Orel“, passierten vorgestern bzw. gestern, aus dem Schwarzen Meere kommend, den Bosporus und die Dardanellen. Ebenso passierte heute das Schiff „Smolensk“ den Bosporus und die Dardanellen. Die Bestimmung der Schiffe ist unbekannt.

* Port Said, 7. Juli. Der Dampfer „Petersburg“ der russischen Freiwilligenflotte ist mit 241 Mann Besatzung hier eingetroffen; er soll nach Wladivostok bestimmt sein.

* Tokio, 6. Juli. Marshall Oyama, der Oberbefehlshaber der japanischen Streitkräfte, ist heute mit den Generalen Kodama und Fukushima, sowie zahlreichen Stabsoffizieren, nach der Armee abgegangen und wird sich in Schimonoseki einschiffen.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 7. Juli.

** Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 9. v. M. den Großh. Regierungsrat Hafner dahier zum Mitglied des Reichsgesundheitsrats gewählt.

— (Stadtgartheater.) Die am Dienstag zum erstenmal zur Aufführung gebrachte Operette „Der Oberball“ von Richard Heuberger darf man ohne Bedenken den Haupttreffern der neueren Operetteliteratur zuteilen. Die Handlung, nach dem reizenden Lustspiel „Die rote Dominos“ von Viktor Léon und G. v. Waldberg, wirkt mit ihren tollen Verwicklungen außerst amüsant, und erfüllt, wie wenige Operettensujets, vor allem den Zweck, bis zum Schluß eine animierte Stimmung zu schaffen. Dazu präsentiert sie sich in einer frischen, flotten und außerordentlich fein konzipierten musikalischen Einleitung. Die ausgesprochenen Tanzformen mögen dem Komponisten am besten gelungen sein; hier fließen die Gedanken in reicher Phantasie, und mit Behagen ergötzt man sich an den hübschen, neuen Melodien, und den Reizen der annuitig wogenden, abwechslungsreichen Rhythmen. Das Resultat der Aufführung kann also in dieser Hinsicht als ein sehr erfreuliches bezeichnet werden. Am Pult zeigte sich Herr Kapellmeister Groß als gewandter, tüchtiger Leiter. Von den Darstellern, welche sich um das Gelingen der Aufführung bemühten, nennen wir als Mutterleitungen den „Mentier“ Deambuffon“ des Herrn Kreutzer und die „Gortense“ des Hrl. Dieke I. Auch Hrl. Navarra, als jeder Marinekadett, und Herr Böhm, als „Paul Gubier“, waren mit ihrem Besten für ihre Aufgaben eingetreten. Die Partien der Madame Deambuffon (Frau Walter Fischer), der „Marquise“ (Hrl. Jutter) und „Neodora“ (Hrl. Richter) waren indessen weniger zum Vorteil des Ganzen befaßt. Sehr zufriedenstellend im gesamtlichen wirkten auch Frau Rey (Ange), und Herr Skaiton (Georg Duménil).

* (Von den Mandhern des 14. Armeekorps.) Die 28. Division hält in diesem Jahre ihre Truppenübungen im Unterlande ab, die 29. Division (Freiburg-Mühlhausen) und die 39. Division im Oberlande, in der Gegend von Mühlhausen-Günningen und Altkirch.

— (Sitzungen der Strafkammer I vom 2. Juli.) Vorsitzender: Landgerichtsrat Dr. Maas. Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Freiherr von Reck. — Der hier im Hotel „Grüner Hof“ befindlichen Magd. Berese Weitemer wurde am 5. Juni eine Uhr im Werte von 20 M. entwendet. Als Diebin ermittelte man die Nebenmagd der Weitemer, die 21 Jahre alte Magdalena Sturm aus Rodding. Diese hatte mit einem falschen Schlüssel das Zimmer der Weitemer geöffnet und daraus die Uhr gestohlen. Die Sturm, welche schon mehrmals verurteilt ist, wurde zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. — In geheimer Sitzung kam die Anklage gegen den hier wohnhaften Tagelöhner Karl Friedrich Linz aus Velmsheim wegen Stillschleppens im Sinne des § 176 Abs. 3 R.-St.-G.-B. zur Verhandlung. Der Angeklagte wurde unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft zu 1 Jahr Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

— (Schwurgerichtssitzungen vom 4. u. 5. Juli.) In der Nachmittagsitzung am 4. d. M. hand der 43 Jahre alte Steuereinkommernereihilfe Max Kreichgauer aus Schwellingen vor den Geschworenen, um sich wegen Unterschlagung im Amte und Unterdrückung amtlicher Urkunden zu verantworten. Kreichgauer war angeklagt, als Beamter, und zwar als Gehilfe der Steuereinkommernerei I in Karlsruhe, Gelder, die er in amtlicher Eigenschaft empfangen, rechtsunwürdig sich angeeignet und in Beziehung auf diese Unterschlagungen teilweise ein zur Eintragung und Kontrolle der Einnahme bestimmtes Register unrichtig geführt, und eine amtliche Urkunde, das Posteneinlieferungsbuch der Steuereinkommernerei I hier, vernichtet zu haben. Anfanglich leugnete Kreichgauer hartnäckig, beannte sich aber später zu einem vollen Geständnis. Von den Geschworenen wurden unter Zustimmung mildernder Umstände die an sie gestellten beiden Schuldfragen bejaht. Der Schwurgerichtshof erkannte daraufhin gegen den Angeklagten auf 10 Monate Gefängnis, abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft. — Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft war in diesem Falle Erster Staatsanwalt Duffner, Verteidiger Rechtsanwalt Trunk.

In der Sitzung am 5. d. M. mußte sich der zuletzt in Baden-Baden angeklagte, 31 Jahre alte Postassistent Johannes Ludwig Deufel aus Milsbachhausen wegen erschwelter Amtsentlassung im Sinne der §§ 350, 351 und 354 R.-St.-G.-B. verantworten. Den Vorhitz führte in diesem Falle Landgerichtsrat Hofken. Als Vertreter der Anklagebehörde war Staatsanwalt Dr. Groß erschienen und als Verteidiger fungierte Rechtsanwalt Klinkowitsch. — Der Angeklagte, welcher seit dem 1. Juli 1895 im Postdienste als Postassistent verwendet wurde und, ehe er nach Baden kam, bei den Postämtern Eberbach, Mannheim, Karlsruhe und Ettlingen beschäftigt war, hat in den Jahren 1903 und 1904 als Beamter Gelder und andere Sachen, die er in amtlicher Eigenschaft beziehungsweise in Gewahrsam hatte, sich angeeignet und unterschlagen. Er tat dies in seiner Eigenschaft als Beamter bei der Paketabteilung des Postamtes Baden, indem er eine Reihe von Paketen öffnete und aus denselben Geld und Lebensmittel sich aneignete. Von den Geschworenen wurde auf Grund des heutigen Verhandlungsergebnisses der Angeklagte im Sinne der erhobenen Anklage unter Zustimmung mildernder Umstände schuldig gesprochen. Daraufhin verurteilte der Schwurgerichtshof Deufel zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft.

— (Schwurgerichtssitzung vom 6. Juli.) Unter dem Vorhitz des Landgerichtsrats Storz kam heute vor dem Schwurgerichte die Anklage gegen den früheren Farrer Gottfried Schwarz aus Kornthal, wohnhaft in Karlsruhe, wegen Vergehens gegen § 166 R.-St.-G.-B. zur Verhandlung. Die Großh. Staatsanwaltschaft vertrat in diesem Falle Erster Staatsanwalt Duffner. Die Verteidigung des Angeklagten führte Rechtsanwalt Dr. Franz. — Der Angeklagte, der heute vor den Geschworenen erschien, ist eine im Laufe der letzten anderthalb Jahren häufig genannte Persönlichkeit. Er zog die allgemeine Aufmerksamkeit insbesondere in den ersten Monaten des vorigen Jahres auf sich, in welcher Zeit auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Heidelberg gegen ihn ein Verfahren wegen Vergehens gegen § 166 R.-St.-G.-B. eröffnet wurde, das am 16. April 1903 zu einer Verhandlung vor dem Schwurgerichte Mannheim führte. Schwarz war damals beschuldigt, Einrichtungen der katholischen Kirche und Papst Leo XIII. beschimpft zu haben. Bekanntlich wurde Schwarz von dem Mannheim'schen Schwurgericht freigesprochen. Jenes gerichtliche Verfahren gab noch lange Anlaß zu öffentlichen Erörterungen, weil bald nach Erledigung des Strafprozesses die Kurie in Freiburg Sühnegottesdienste in den katholischen Kirchen des Landes anordnete. Der ehemalige Farrer Schwarz hatte sich nun wiederum wegen Vergehens gegen den § 166 v. veranwortet. Er war angeklagt, öffentlich durch die Presse eine der christlichen Kirchen und deren Einrichtungen, nämlich seit Februar d. J. zu Karlsruhe durch Verbreitung des Flugblattes „Deutschland in höchster Gefahr, Einspruch gegen den sog. Toleranzantrag“, die römisch-katholische Kirche und deren Einrichtung des Kapitums beschimpft zu haben. Dieses Flugblatt, das Anlaß zur Erhebung der Anklage gab, hat Schwarz in 30 000 Exemplaren in einer Druckerei in Ebringen drucken und zum Teil in zwei hier von ihm abgehaltenen Versammlungen verteilen lassen. Das Flugblatt behandelt den vom Zentrum im Reichstag eingebrachten Toleranzantrag. Das Ziel desselben sei, wie in dem Flugblatt ausgeführt wird, die

Jurisdiktion der Meber in die römische Kirche durch Aufhebung der Oberhoheit der Staatsregierung und der Staatsgesetze über die Katholiken und die Auslieferung der gesamten Macht des Reiches an den Papst. Es heißt in dem Flugblatt dann weiter, die römische Kirche sei der grundsätzliche Feind der Demokratie. Dadurch sei sie ganz widerchristlich. Der Papst sei nicht der Stellvertreter Christi, sondern der Antichrist. Daran anschließend wird gesagt: „Die Gottlosigkeit Roms hat im Toleranzantrag ihren Ausdruck gefunden.“ In diesen und anderen Sätzen erblickte die Staatsanwaltschaft ein Vergehen gegen § 166 R.St.G.B., und erhob deshalb gegen Schwarz, der sich als den Verfasser des Flugblattes bekannte, Anklage. Der Angeklagte ist im Jahre 1845 zu Weinstadt in Württemberg geboren. Er schloß sich im Jahre 1869 der von Christof Hoffmann in Württemberg gegründeten „Gesellschaft des Tempels“ an und war im Dienste derselben in Jaffa (Palästina) tätig. Schwarz kam im Jahre 1887 nach Baden. Im Jahre 1890 ist er dann zum Barrer in Neckarshönan bestellt worden. Schwarz ließ 1894 eine Flugdrift: „60 Sätze gegen die Verleumdung der Christenheit“ erscheinen. Die Herausgabe dieser Flugdrift hatte die Entlassung des Schwarz aus dem Stützendienst der evangelischen Landeskirche zur Folge. Schwarz lebte von da an in Heidelberg und verlegte im Oktober 1903 seinen Wohnsitz nach Karlsruhe. Die Beweisaufnahme war eine kurze, da lediglich das unter Anklage gestellte Flugblatt zur Verlesung kam. Der Angeklagte gab auf die Anklage eine längere Erklärung ab, in der er betonte, er habe niemanden beleidigt, sondern nur eine Pflicht erfüllt. Er habe in seinem Flugblatt auch nie von der katholischen, sondern stets von der römischen Kirche gesprochen. Gegen die katholische Kirche habe er nichts. In die Einberufung des Angeklagten schloßen sich die Rechtsanwälte des Staatsanwalts Duffner beantragte die Verurteilung des Angeklagten, während Rechtsanwält Franz für die Freisprechung des Schwarz eintrat. Die Geschworenen erachteten ein Vergehen gegen den § 166 R.St.G.B. nicht für gegeben und verneinten deshalb die Schuldfrage. Schwarz wurde daraufhin freigesprochen.

Baden, 6. Juli. Wie alljährlich, so wird auch diesmal der Geburtstagsfeier seiner königlichen Hoheit des Erbprinzen von Baden in unserer Väterstadt feierlich begangen. So veranstaltete das städtische Komitee am eigentlichen Feiertage, Samstag, den 9. Juli, nachmittags und abends, ein großes Militärkonzert, ausgeführt von der Kapelle des 9. Württemberg. Infanterieregiments Nr. 127 aus Ulm a. D. Am Sonntag, den 10. Juli, findet sodann aus Anlaß des Geburtstages des Erbprinzen auf der Wiese vor dem Konversationshaus ein großes Feuerwerk, dessen Arrangement dem Musikdirektor Herrn Wilhelm Fischer aus Clebronn übertragen ist, statt.

Mannheim, 6. Juli. In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses wurde eine an den Stadtrat gelangte Interpellation über die projektierte Oberrheinregulierung besprochen. Es trat bei allen Rednern die Ansicht zutage, daß die geplante Oberrheinregulierung, nicht allein Mannheim, sondern den badischen Staat selbst schädigen würde. Stadtvorordner Gieseler teilte mit, daß es sicher ist, daß die Frage noch in diesem Landtage zur Sprache kommen werde. Bürgermeister Martin führte aus, daß sich die Stadt mit der Handelskammer in Verbindung gesetzt habe und eine Deputation, bestehend aus Mitgliedern des Stadtrats und der Handelskammer, in der Angelegenheit in Karlsruhe vorstellig werde. Von Staatsminister v. Brauer lief ein Telegramm ein, wonach die Deputation am nächsten Samstag nachmittag empfangen werden kann.

Kleine Nachrichten aus Baden. Zu dem kommenden Sonntag stattfindenden 50jährigen Jubiläum des „Sängerbundes Schwabingen“ sind die umfangreichen Vorbereitungen nahezu beendet. Gleichzeitig findet ein Gefangenschaftsfest statt, an welchem sich, wie die „Schwäbinger Zeitung“ meldet, 37 Vereine mit 1400 Sängern beteiligen. Dem 5 Jahre alten Söhne des Ludwig Reichert in Schwabingen riefte der Schullehrer in den Hals, wodurch es erstickte. Unter dem Vorhitz des Geh. Rat Dr. W. Endt, aus Karlsruhe fand das Abiturientenexamen am Gymnasium in Laßweil seinen Abschluß. Von den 11 Oberprimariern erliefen 10 das Reifezeugnis für die Hochschule. Seine königliche Hoheit der Großherzog hat die Errichtung eines zweiten Gymnasiums in Freiburg auf Beginn des Schuljahres 1904/05 genehmigt und bestimmt, daß dieses neue Gymnasium die Benennung „Friedrichs-Gymnasium“ und das alte Gymnasium die Benennung „Bertholds-Gymnasium“ zu führen habe. Die nach dem Lehrplan der Realschulen eingerichteten, bisher fünfjährigen Höheren Bürgerschulen Achern und Singen führen, nachdem diesen Anstalten mit Beginn des Schuljahres 1903/04 ein sechster Jahresturs angegliedert worden ist, nunmehr die Benennung Realschule.

Landwirtschaftliche Versammlungen und Besprechungen. Landw. Bezirksvereine: am 10. Juli in Siegelau, Söllingen und Gengenbach. Ländl. Kreditvereine: am 10. Juli in Eichtetten. Orts-, Konsum- und Abfallvereine: am 10. Juli in Ebienzen, am 11. Juli in Cubigheim und am 20. Juli in Dettringen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Ewinemünde, 6. Juli. Zur Abendtafel beim Kaiserpaar an Bord der „Hohenzollern“ waren die Herren geladen, welche den Kaiser auf der bevorstehenden Nordlandsreise begleiten. Ihre Majestät die Kaiserin gedenkt nach Cadix zu reisen.

Ewinemünde, 7. Juli. Seine Majestät der Kaiser hat heute morgen 7 Uhr auf der „Hohenzollern“, gefolgt von dem Torpedoboot „Sleipner“ und dem kleinen Kreuzer „Hamburg“, die Nordlandsreise angetreten.

Cadix, 7. Juli. Ihre Majestät die Kaiserin ist heute früh 7 Uhr 30 Minuten hier eingetroffen.

Kiel, 6. Juli. Die aktive Schlachtflotte trat heute nachmittag durch den Kanal eine auf mehrere Wochen berechnete Übungsreise nach der Nordsee an.

Schwern, 6. Juli. Der Deutsche Kronprinz nahm heute nachmittag an einem Diner bei Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin Maria teil und wohnte später dem Hoffkonzert bei, wo er Ihre Majestät die Königin der Niederlande führte. Nach Beendigung des Konzerts begab sich der Kronprinz, begleitet vom Großherzog, zum Bahnhof, und reiste nach herzlicher Verabschiedung nach Berlin ab.

Ems, 6. Juli. Seine Majestät der König von Sachsen hatte zur gestrigen Mittagtafel den Regierungspräsidenten Hengstenberg von Wiesbaden, den Bischof Willy und den Domdekan Hilpisch, sowie den Landrat Duderstadt aus Diez zur Tafel zugezogen. Auf der Reise nach Gastein wird nicht Leibarzt Prof. Dr. Fiedler, sondern Generalarzt Dr. Selle den König begleiten. Der Kräftezustand des Königs hat sich bedeutend gehoben.

Innsbruck, 7. Juli. Gestern nachmittag veranstalteten auf der Universität die italienischen Studenten wegen der Zusammensetzung der Prüfungskommission lärmende Demonstrationen gegen den Präsidenten der Staatsprüfungskommission. Im Verlaufe der Demonstration wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Rom, 6. Juli. Der Senat genehmigte eine Reihe von Vorlagen, darunter das französisch-italienische Abkommen, betreffend die Verhältnisse der Arbeiter, sowie betreffend die Ermächtigung der Regierung zum Abschluß von Handelsverträgen mit der Schweiz und Oesterreich-Ungarn und vertagte sich sodann auf unbestimmte Zeit.

Paris, 7. Juli. Wie aus Rom berichtet wird, läßt der Papst demnächst eine Enzyklika über die katholische Wohltätigkeit erscheinen. In der Enzyklika werde sich der Papst gegen etwaige Neuerungen und gegen die Einführung von neuen Heiligenberechnungen aussprechen, die mit dem wahren Geist der Kirche im Widerspruch stehen und den Gegnern nur zu leicht zu Angriffen dienen.

Paris, 7. Juli. Die mit der Prüfung des Gesetzentwurfs Briand über die Trennung der Kirche vom Staat betraute Kommission der Kammer hat ihre Arbeiten beendet. Dem Antragsteller ist einstimmig die Verichterstattung zugestimmt worden. Sein Bericht wird zu Beginn der nächsten Herbstsession der Kammer vorgelegt werden.

London, 6. Juli. Unterhaus. Auf eine Anfrage erklärte Unterstaatssekretär Carl Percy, daß die Regierung keine bestimmte Nachricht über die gegenwärtige Lage des Mullahs und die Stärke seiner Streitkräfte empfangen habe. Das Gerücht, nach welchem der Mullah in das Kosgalia zurückgekehrt sei, bestätigte sich nicht. Die Regierung beabsichtigt nicht, eine unmittelbare Grenzabsicherung des Schutzgebietes im Somalilande vorzunehmen.

London, 7. Juli. Unterhaus. Die Spezialdebatte über Artikel 1 der Vorlage, betreffend Schankwirtschaften, wird gemäß dem Beschlußantrage Balfours, daß die Spezialberatung nach einer sechsstündigen Beratung geschlossen werden soll, unter stürmischen Protesten der Opposition beendet. Das Haus ist sehr erregt, aber schließlich wird der Artikel mit 381 gegen 194 Stimmen angenommen. Bei Eröffnung der Sitzung fragt Gibson Bowles, wann die Regierung die Ratifikation der englisch-französischen Konvention auszusprechen gedenke. Balfour erwidert Bowles, die Anfrage um 14 Tage zu verschieben. Er glaube, daß es dem öffentlichen Interesse widerspreche, die Anfrage gegenwärtig zu beantworten.

London, 7. Juli. Auf einem von Mitgliedern der Regierungspartei veranstalteten Diner erklärte der Ministerpräsident Balfour, die Regierung beabsichtige durchaus nicht, ihre Entlassung zu geben. In der Zeit der Mangel an Lokalität seitens einiger Mitglieder der Unionisten gefährlicher, als die Ergebnisse der letzten Ertragswahlen, die hauptsächlich durch falsche Ausstellungen über die Arbeiter in Transvaal hervorgerufen seien. Sollte aber die Partei meinen, daß das allgemeine Interesse liege, wenn die Regierung am Ruder bliebe, so würde dieselbe sofort ihre Entlassung einreichen.

London, 7. Juli. Wie „Daily Mail“ aus Aden meldet, griffen die Streitkräfte des Mullah im Sold der Engländer stehende Kundschafter und den Engländern befreundeten Eingeborenen in der Nähe von Eldap an, raubten etwa 1000 Schafe und 50 Kamele und zogen sich dann zurück.

Madrid, 7. Juli. Die Kammer erteilte Ermächtigung zur Einleitung des Strafverfahrens wider den Deputierten V. Anon.

Konstantinopel, 6. Juli. Die Pforte hat die heute morgen ablaufende Frist für die Repatriierung der bulgarischen Emigranten um einen Monat verlängert.

New-York, 7. Juli. Die Zeitung von Tammany Hall hat angekündigt, daß diese Organisation den Widerstand gegen die Auffstellung Parkers als demokratischen Präsidentschaftskandidaten aufhebt.

New-York, 6. Juli. Der „New-York Post“ zufolge lassen alle Berichte über den demokratischen Konvent darauf schließen, daß die demokratische Partei sich für die Goldwährung aussprechen wird.

Tafel (Staat Michigan), 6. Juli. Heute wurde hier der 50. Jahrestag der Gründung der republikanischen Partei feierlich begangen. 5000 Personen wohnten der Feier bei. Hauptredner, Staatssekretär Gay, führte aus, Amerika unterhalte nichtverpflichtende, jedoch freundschaftliche Beziehungen mit der ganzen Welt. Es habe weder Verbündete, noch Feinde. Die Politik Mc. Kinleys und Roosevelts sei hauptsächlich auf die Wahrung der amerikanischen Interessen im Stillen Ozean gerichtet, an dessen beiden Ufern die Welt so viele Arbeit zu leisten haben werde.

Verschiedenes.

Berlin, 6. Juli. Im Sitzungssaal der Handelskammer zu Berlin konstituierte sich am 24. v. M. im Beisein des belgischen Handelsministers das Komitee für die deutsche Abteilung der im nächsten Jahre in Lüttich stattfindenden Weltausstellung. Zum Vorsitzenden wurde der Geheimkommerzienrat Herz, Präsident der Handelskammer zu Berlin, und zum stellvertretenden Vorsitzenden der Geheimkommerzienrat Dr. Raasche, Vizepräsident des Reichstags, gewählt. Als Generalkommissar wird der Kommerzienrat Niese, Generaldirektor der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken zu Berlin, fungieren. Dem Exekutivkomitee werden angehören: Baron von Gienanth in Brüssel, Geh. Kommerzienrat Kirdorf in Gelsenkirchen, Regierungsrat Dr. Leidig, Kommerzienrat Koenig, Dr. von Martius, Generalkonsul von Mendelssohn, Geh. Raurat Matheman, Kommerzienrat Rabenne in Berlin und Generalkonsul Steub in München. Die Ausstellung, die unter dem Protektorat seiner Majestät des Königs der Belgier, dem Ehrenpräsidium seiner königlichen Hoheit des Grafen von Flandern und dem Präsidium seiner königlichen Hoheit des Prinzen Albert von Belgien steht, und alle Gebiete der Kunst, Industrie und Landwirtschaft umfassen soll, wird Ende April 1905 eröffnet und soll mindestens 6 Monate dauern. Als Zentrum der belgischen Metallindustrie und Knotenpunkt wichtiger internationaler Eisenbahnverbindungen erscheint die Stadt Lüttich für eine Weltausstellung ganz besonders geeignet. Der Hauptteil der Ausstellung ist zu beiden Seiten der Kirche gelegen, dort, wo sie mit der Maas zusammenfließt, die hier eine Breite von ungefähr 100 Meter

hat. Ebenfalls am Ufer der Maas in gärtnerisch schön entwidelter Umgebung wird der Kuntpalast entstehen, während an dem gegenüber liegenden Ufer eine ebenfalls gärtnerisch geschmückte Anlage vorgesehen ist, welche verschiedenen Vergnügungszwecken dienen soll. Nach dem vorliegenden Plane ist die Gesamtgröße des Ausstellungsterrains 66 Hektar. Das Industriegebäude selbst wird etwa 27 000 Quadratmeter, die Maschinenhalle 56 000 Quadratmeter groß werden; beide Hallen bestehen aus Eisentrümmern und haben eine vortreffliche Beleuchtung. Das Industriegebäude wird in künstlerisch ganz besonders hervorragender Weise zur Ausführung gelangen. Sowohl in dem Industriegebäude als auch in der Maschinenhalle sind der Deutschen Abteilungs sehr gut gelegene Plätze angewiesen worden, und verspricht die Beteiligung nach den bereits erfolgten Anmeldungen eine außerordentlich lebhaft zu werden. Die Anmeldungen für die Maschinenhalle sind bereits so zahlreich eingegangen, daß fast alle Plätze vergeben sind. In dieser Beziehung werden die Auskünfte nach wie vor durch Herrn P. F. Dujardin, Ingenieur in Düsseldorf, erteilt.

Berlin, 7. Juli. (Telegr.) Im Prozeß gegen Professor Meber und dessen Frau wurde Meber zu 2 Jahren, Frau Meber zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Beiden Verurteilten wurden 3 Monate als durch Untersuchungshaft verbüßt angerechnet.

Hamburg, 7. Juli. In der gestrigen Sitzung der Bürgererschaft wurde die Senatsvorlage, betreffend die Schaffung gesunder Zustände in einem Teile der Neustadt, wofür etwa 9 Millionen Mark aufgewendet werden sollen, genehmigt.

Leipzig, 7. Juli. In dem Landesverratsprozeß gegen Julius Davot waren bis gestern mittag 16 Zeugen vernommen. Postdirektor Zahn-Strasburg, Postassistent Rethmann-Montigny und Wachtmeister West-Metz erklären, nur in nichtöffentlicher Sitzung Aussagen machen zu dürfen. Der Angeklagte hatte in Nebeschloßarbeit angenommen, um Zutritt zu den Forts zu haben. Nach der Mitteilungsanfrage wurde der vom Oberstaatsanwalt beantragte Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatsicherheit während der Vernehmung der militärischen Zeugen beschlossen. Mit dieser Vernehmung wurde die Verhandlung geschlossen. — Julius Davot wurde in der heutigen Sitzung zu 3 Jahren Zuchthaus und 1500 M. Geldstrafe eventuell noch 100 Tagen Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust, Polizeiaufsicht und Einziehung der beschlagnahmten Photographien verurteilt. Das Urteil erfolgte auf Grund des § 13 des Spionagegesetzes. Davot hat erwiesenermaßen Bilder von Teilen der Befestigungen von Diederhofen angefertigt.

Homburg v. d. S., 6. Juli. Oberhof- und Hausmarschall Graf Eulenburg ist hier eingetroffen und hat zum Kurgebrauch auf vier Wochen im königlichen Schloße Wohnung genommen.

Bingen, 6. Juli. Das Verbandsfest der Bingerer liegt noch immer eine große Zugkraft aus. Die Beteiligung von auswärtig ist sehr rege und der finanzielle Erfolg infolgedessen ein guter. — Nachmittags fand ein glanzvoll verlaufenes Kinderfest statt. Den Abschluß des Tages bildete ein großes Brillantfeuerwerk.

München, 6. Juli. Der Präsident des bayerischen Veteranen- und Kriegerbundes Generalleutnant v. Waagen, wurde im Eisenbahnzuge von einem Schlaganfall betroffen. Im Laufe des heutigen Tages trat eine leichte Besserung ein.

München, 7. Juli. (Telegr.) Die Kranken- und Sterbekasse bayerische Versorgungsanstalt ist, dem „Berl. Tagbl.“ zufolge, in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Ueber 8000 Gläubiger sind bereits zur Anmeldung gelangt. Geschädigt sind viele Tausende kleiner Leute.

Evrenak, 7. Juli. Gestern starb hier der Seniorschef und Begründer der Champagnerfirma E. Mercier u. Comp., Eugene Mercier.

Dover, 6. Juli. Der große Postdampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Graf Waldersee“ traf heute nachmittag, von Hamburg kommend, hier ein und legte ohne Schwierigkeit trotz widrigen Winde an der neuen Landungsstelle an. Generaldirektor Ballin, der mit dem Schiffe eintrat, fuhr sofort mit dem für die Passagiere des Postdampfers bereitgestellten Sonderzug nach London.

Konstantinopel, 7. Juli. Der türkische Delegierte zum Gesundheitsrat in Teheran, Dr. Baum, ist an der Cholera gestorben.

Baku, 6. Juli. (Telegr.) In der vergangenen Nacht wurde hier ein nahezu eine Minute andauerndes Erdbeben verspürt.

Teheran, 6. Juli. (Telegr.) Die Cholera ist auch an verschiedene Orten an der Straße nach Hamadan aufgetreten. Die Verwaltung der Eisenbahnlinie Reicht-Teheran traf sanitäre Maßnahmen. Der konsularische Vertreter Russlands forderte die Einrichtung einer Quarantänestation in Maswin, die unter Aufsicht eines russischen Arztes stehen soll.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 7. Juli 1904, 7 Uhr früh. Lugano wolkenlos 19 Grad; Biarritz wolkenlos 21 Grad; Nizza wolkenlos 24 Grad; Triest wolkenlos 25 Grad; Florenz wolkenlos 23 Grad; Rom wolkenlos 21 Grad; Cagliari wolkenlos 20 Grad; Windstift halbbedeckt 23 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrologie vom 7. Juli 1904.

Das barometrische Maximum, das gestern nur in Jugensform in das Festland herein ragte, hat sich seitdem über ganz Mitteleuropa ausgebreitet; die Dämpfung hat deshalb überall abgenommen und die Temperaturen sind im Steigen begriffen. Heiteres und warmes Wetter ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juli	Barom. mm	Therm. in C.	Rel. Feucht. in mm	Reicht. feil in Proz.	Wind	Witterung
6. Nachts 9 ⁰⁰ U.	753.9	20.3	130	74	NE	bedeckt
7. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	755.4	17.2	111	76	„	heiter
7. Mittags. 2 ⁰⁰ U.	755.0	27.6	111	40	„	„

Höchste Temperatur am 6. Juli: 26.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 13.5

Niederschlagsmenge des 6. Juli: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 7. Juli: 4.72 m, gefallen 7 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Foullard-Seide
— Zöllfrei! — Muster an Jedermann! —
Seidenfabrik, Henneberg, Zürich.

Baden-Baden. Konversationshaus.

Im Laufe der nächsten 10 Tage finden, vorbehaltlich weiterer Ergänzungen oder Abänderungen, ausser den üblichen drei Konzerten täglich, folgende Veranstaltungen statt:

Montag, Mittwoch und Freitag
abends 8 Uhr;

Operetten- und Schauspiel- etc. Vorstellungen

im hiesigen Theater.

Freitag, den 8. Juli:

Mitwirkung des Opersängers Herrn Jakob Müller aus Frankfurt a. M. im Abendkonzert des städtischen Kurochesters.

Samstag, den 9. Juli, nachmittags und abends:

Grosses Militär-Konzert

von der Kapelle des 9. Württemb. Inf.-Regts. Nr. 127 aus Ulm a. D. unter Direktion des Herrn Stabshobolsten Kruse.

Sonntag, den 10. Juli

zur Feier des höchsten Geburtsfestes Seiner Königlichen Hoheit des Erbgrössherzogs Friedrich von Baden:

Grosses Feuerwerk

Illumination des Konversationshauses.

Mittwoch, den 13. Juli

nachmittags 4 Uhr, im grossen dekorierten Saale:

Kinderfest.

Abends im Theater:

Ensemble-Gastspiel der K. K. Hofburg-Schauspieler vom Hofburgtheater in Wien:

„Die Jüdin von Toledo“.

Donnerstag, den 14. Juli:

Grosses Militär-Konzert

des 8. Württemb. Inf.-Regts. Nr. 126 unter Direktion des Königl. Musikdirigenten Herrn C. Haefele aus Strassburg.

Samstag, den 15. Juli:

Mitwirkung des Piston-Virtuosen Herrn Fritz Werner aus Wiesbaden im Abendkonzert des städtischen Kurochesters.

Abends 10 Uhr:

Tanz-Réunion

in den neuen Sälen.

Städt. Kur-Komitée.

24472

Die Tilgung des 3¹/₂igen Badischen Eisenbahnlehens vom Jahr 1875 betreffend.

Auf Grund der heute vorgenommenen Ziehung werden folgende Schuldverschreibungen obigen Lehens zur Heimzahlung auf 1. Februar 1905 gefällig:

Lit. A., B., C., D. und E. je 153 Stücke zu 2000, 1000, 500, 300 und 200 M.
Nr. 30, 31, 54, 96, 123, 128, 150, 200, 242, 305, 309, 430, 476, 532, 645, 667, 669, 718, 886, 889, 976, 1113, 1262, 1263, 1267, 1402, 1427, 1501, 1509, 1631, 1715, 1740, 1741, 1754, 1771, 1883, 1907, 1939, 2106, 2130, 2152, 2285, 2301, 2330, 2351, 2368, 2389, 2492, 2529, 2610, 2620, 2676, 2693, 2707, 2731, 2740, 2752, 2776, 2791, 2794, 3019, 3033, 3052, 3056, 3170, 3211, 3224, 3225, 3261, 3269, 3300, 3565, 3600, 3680, 3685, 3700, 3718, 3766, 3811, 3825, 3901, 3922, 4006, 4076, 4284, 4348, 4350, 4417, 4435, 4509, 4565, 4587, 4650, 4714, 4757, 4820, 4828, 4978, 5006, 5151, 5187, 5204, 5246, 5301, 5329, 5347, 5382, 5445, 5481, 5613, 5632, 5662, 5724, 5762, 5784, 5839, 5868, 5876, 5927, 5983, 5996, 6014, 6015, 6029, 6094, 6198, 6300, 6310, 6318, 6329, 6400, 6427, 6434, 6440, 6477, 6561, 6660, 6717, 6742, 6756, 6829, 6840, 6857, 6900, 6952, 7016, 7026, 7089, 7046, 7145, 7162, 7416, 7499.

Die Zahlung geschieht vom Heimzahlungstermine ab bei der Kasse der unterzeichneten Verwaltung, sowie bei den anderen hiesig verpflichteten Großherzoglichen Staatskassen, ferner in Berlin bei der Direktion der Diskontogesellschaft, in Frankfurt a. M. bei der Direktion der Diskontogesellschaft und der Frankfurter Filiale der Deutschen Bank gegen Rückgabe der betreffenden Schuldverschreibungen mit den dazu gehörigen noch nicht verfallenen Zinscheinen nebst Zinscheinanweisungen.

Auf Verlangen wird der Kapitalbetrag mit den bis zum Zahlungstage sich berechnenden Stückzinsen bei den zur Einlösung verpflichteten Großherzoglichen Staatskassen schon vom 2. Januar 1905 ab ausbezahlt.

Aus früheren Verlosungen befinden sich noch im Ausstand die Schuldverschreibungen:

Lit. A. zu 2000 M. Nr. 2515, 2638, 2856, 3245, 3632, 4154, 4620, 4961, 5239, 5348, 5467, 5647, 6393, 6578, 6818, 7285, 7500.

Lit. B. zu 1000 M. Nr. 594, 2179, 3632, 3838, 4185, 5078, 5212, 5391, 5908, 6265, 6691, 6978, 7108.

Lit. C. zu 500 M. Nr. 2245, 3983, 4021, 4397, 4801, 4944, 5047, 5078, 5470, 5788.

Lit. D. zu 300 M. Nr. 479, 557, 755, 942, 1299, 1418, 1488, 1814, 2049, 3095, 3767, 3826, 3928, 4125, 4154, 4579, 4620, 4654, 5115, 5614, 6153, 6307, 6420, 6578.

Lit. E. zu 200 M. Nr. 195, 330, 1438, 1441, 2073, 2093, 2365, 3902, 3924, 3928, 4154, 4397, 4645, 4944, 5062, 5614, 6548, 6615.

Durch richterliches Urteil wurden für kraftlos erklärt die Schuldverschreibungen:

Lit. C. zu 500 M. Nr. 1605.

Lit. D. zu 300 M. Nr. 6654, 6655.

Lit. E. zu 200 M. 2184, 4456, 4457, 6739, 6740.

Karlsruhe, den 1. Juli 1904. 2482

Großh. Badische Staatsschuldenverwaltung.

Holzbach bei Marxzell.

Gasthaus zum grünen Wald. (Bergschmiede, Sägewerk.)

Schöne Lokalkitäten mit neuerbautem Saal, gedeckter Veranda, für Vereine, Gesellschaften und Touristen bestens empfohlen. Gute Küche, reine Weine, prima Export- und Lagerbier. Pension von M. 3.50 ab. Größere Gesellschaften werden gebeten, sich vorher gef. anzumelden.

Wilhelm Dietz, (Telephon Nr. 5 Marxzell)

Mitglied des Schwarzwaldvereins. 3628.8

Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit

vormals Allgemeine Versorgungsanstalt.

In den Aufsichtsrat der Anstalt ist unter dem 1. Juli d. Js.

Herr Geh. Hofrat Theodor Claus in Karlsruhe als weiteres Mitglied eingetreten.

Karlsruhe, den 1. Juli 1904.

Die Direktion:

Stimmig. Rheinbold.

Herrenalb
Vielbesuchter Kur- u. Badeort.
Schönster Teil des würt. Schwarzwaldes zwisch. Baden-Baden u. Wildbad.
(Bahnhofsstation der Linie Karlsruhe-Ellingen-Herrenalb.)
Mittl. Höhenlage bis zu 900 m. Prächt. Tannenwälder. Vorzügl. Luft.
Herzliche Spazierwege. Zahlr. Aussichtspunkte. 2 grosse Kuranstalten, 3 Kurziele.
Renom. Hôtels, Villen, Privathäuser, Conversations-Haus etc.
Bekannt. Erfolge bei Nerven-, Herz-, Verdauungs-, Stoffwechsellkrankheiten etc.
Prospecte gratis durch das Stadtschultheissenamt: Grüb.

Leibwäsche, wollene, sog. Gesundheits- und Jägersche Wäsche wird sachkundig gereinigt. Färberei Ed. Printz, Karlsruhe.

Waschlederne Kadetten-Handschuhe zu Mk. 1.50 das Paar empfehlen in Ia. Ware Ludwig Oehl Nachfolger Karlsruhe Kaiserstrasse 112

Bürgerliche Rechtsstreite.

Aufgebot.

2376.2. Nr. 6123. Gengenbach. Der Totengräber Karl Weihenrieder in Gengenbach hat beantragt, den verschollenen Franz Kaver Weihenrieder geboren zu Gengenbach am 20. Februar 1834, zuletzt wohnhaft in Gengenbach für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Donnerstag, den 19. Januar 1905, vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, eracht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen. Gengenbach, den 28. Juni 1904

Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Willi, Amtsgerichtsekretär.

Aufgebot.

2377.2. Nr. 6124. Gengenbach. Der Karl Weihenrieder, Totengräber in Gengenbach hat beantragt, die verschollene Luise Messinger geborene Weihenrieder geb. zu Gengenbach am 2. März 1829, zuletzt wohnhaft in Gengenbach für tot zu erklären.

Die bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Donnerstag, den 19. Januar 1905, vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, eracht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen. Gengenbach, den 28. Juni 1904

Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Willi, Amtsgerichtsekretär.

Erzverpflichtung.

2463.3.2.1. Nr. 28560 II. Mannheim. 1. Ferdinand Fertig, geb. am 17. Juli 1870 zu Bräunlingen (Landgerichtsbezirk Achaffenburg),

2. Peter Winkler, geb. am 14. Oktober 1874 in Mitlestern (Kreis Darmstadt), beide zuletzt wohnhaft in Mannheim, 3. Jt. unbekannt wo, werden beschuldigt, das 1. Fertig als Erbschaftsbesitzer, 2. Winkler als beurlaubter Reservist, ohne Erlaubnis ausgewandert sind.

— Uebertretung gegen § 360 Ziff. 3 St.G.B. —

Dieselben werden auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts — Abt. 9 — hier selbst auf:

Samstag, den 20. August 1904, vormittags 8 Uhr,

vor das Großh. Schöffengericht hier zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 Abs. 2 u. 3 St.P.O. von dem Bezirkskommando Mannheim ausgesprochenen Erklärungen vom 9. Juni 1904 bzw. 21. Juni 1904 verurteilt werden.

Mannheim, den 28. Juni 1904.

Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Seiler.

Labung.

2464.3.2.1. Nr. 29369 II. Mannheim. Franz Josef Martin, geboren am 10. Januar 1877 zu Karlsruhe, zuletzt wohnhaft in Mannheim (Kleine-Wallstadtstr. 36), 3. Jt. unbekannt wo, wird beschuldigt, daß er als Erbschaftsbesitzer ohne Erlaubnis ausgewandert ist.

— Uebertretung gegen § 360 Ziff. 3 St.G.B. —

Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts — Abt. 10 — hier selbst auf:

Freitag, den 2. September 1904, vormittags 8 Uhr,

vor das Großh. Schöffengericht hier zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 Abs. 2 u. 3 St.P.O. von dem Bezirkskommando Mannheim ausgesprochenen Erklärung vom 20. Juni 1904 verurteilt werden.

Mannheim, den 4. Juli 1904.

Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Seiler.

Labung.

2462.3.2.1. Nr. 28559 II. Mannheim. Karl Christian Grimm, geb. am 24. September 1873 zu Forstheim, zuletzt wohnhaft in Mannheim, H 3, 7 IV, 3. Jt. unbekannt wo, wird beschuldigt, daß er als beurlaubter Reservist ohne Erlaubnis ausgewandert ist.

— Uebertretung gegen § 360 Ziff. 3 St.G.B. —

Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts — Abt. 9 — hier selbst auf:

Samstag, den 20. August 1904, vormittags 8 Uhr,

vor das Großh. Schöffengericht hier zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 Abs. 2 u. 3 St.P.O. von dem Bezirkskommando Mannheim ausgesprochenen Erklärung vom 17. Juni 1904 verurteilt werden.

Mannheim, den 2. Juni 1904.

Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Seiler.

Labung.

2290.2. Nr. 19619. Karlsruhe. 1. Der am 3. Mai 1875 in Feinentrach geborene, zuletzt in Karlsruhe wohnhafte, ledige, katholische Hausburche, Erbschaftsbesitzer

Karl Sauer,

2. der am 24. Juni 1882 zu Buzsach geborene, zuletzt in Karlsruhe wohnhafte, ledige, katholische Papirburche, Erbschaftsbesitzer

Eugen Willi Amandus Amandus,

3. der am 8. Juli 1875 zu Feinentrach geborene, zuletzt in Karlsruhe wohnhafte, ledige, evangelische Hausburche, Erbschaftsbesitzer

Johannes Schönhardt,

4. der am 20. März 1872 zu Au a. Rh. geborene, zuletzt in Karlsruhe wohnhafte, ledige, katholische Schneider, Erbschaftsbesitzer

August Albert,

alle an unbekanntem Orten abwesend, werden beschuldigt, daß sie als Erbschaftsbesitzer ohne Erlaubnis ausgewandert sind.

— Uebertretung des § 360 Ziffer 3 St.G.B. (vgl. § 11 R.G. vom 11. Februar 1888.) —

Dieselben werden auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hier selbst auf

Mittwoch den 24. August 1904, vormittags 8 Uhr,

vor das Großh. Schöffengericht Karlsruhe — Akademiestraße 2 A II. Stock, Zimmer Nr. 10 — zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 Abs. 2 u. 3 St.P.O. von dem Bezirkskommando Mannheim ausgesprochenen Erklärungen verurteilt werden.

Karlsruhe, den 24. Juni 1904.

Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Raier.

In der Nacht vom 12./13. Juni 1904 wurde gegen Mitternacht hier nicht weit vom Städtischen Schlachthof auf der Durlacher Allee von zwei jüngeren Burchen auf den Fuhrknecht Johann Rothweiler vom Ritterhof bei Durlach ein Raubanfall verübt.

Als erster Zeuge kam, nachdem die Täter sich bereits entfernt hatten, ein junger Herr hinzu, anscheinend ein Student oder junger Kaufmann, und begleitete den Ueberfallenen zum nächsten Polizeiposten, wobei er auf dem Wege dahin sich von einem dritten Begegnenden diesen Namen Friedrich Frey von Durlach angeben ließ.

In der wegen des Raubanfalls anhängigen Untersuchung ist die Vernehmung jenes unbekanntem erlitten Zeugen geboten. Derselbe wird hiermit ersucht, alsbald seinen Namen u. seine Adresse der Kriminalpolizei hier anzuzeigen. Ebenso wird gebeten, für die Auffindung des Zeugen dienliche Mitteilungen an die Kriminalpolizei hier gelangen zu lassen.

Karlsruhe, den 4. Juli 1904.

Gr. Unterjuchungsrichter II. Dr. Flad.

2469

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Wir haben öffentlich zu verkaufen 1270 Tonnen gebrauchte noch verwendbare eiserne Schwellen in den Bezirken der Bahnbauinspektoren Lauda, Heidelberg, Mannheim, Bruchsal, Karlsruhe, Raibach, Neustadt, Offenburg, Lagernd und zwar ungefähr 410 t aus Flußeisen und 860 t aus Schmiedeeisen teils Hülfs-, teils Rheinischen Profils, ferner in Karlsruhe Lagernd:

400 t alte Schienen

220 t alte Radreifen

70 t altes Blech

6 t alte Werkzeuge

50 t alte Stielöhren und in Forstheim Lagernd, eine alte Wagendreh-scheibe von 6 m Durchmesser.

Angebote sind schriftlich, verschlossen und mit der Aufschrift

„Verkauf abgängiger eiserner Schwellen und dergleichen“

spätestens

Mittwoch den 27. Juli 1904, vormittags 9 Uhr,

bei uns einzureichen.

Das hier lagernde Material kann in den geordneten Geschäftsfunden bei unserem Hauptmagazin III befristet werden.

Zuforderung von Mustern findet nicht statt. Die Befichtigung des auswärts lagernden Materials kann auf Wunsch ebenfalls von uns vermittelt werden.

Die Verkaufsbedingungen und der Angebotsbogen nebst Zeichnung der Schwellen werden auf postfreie Anfrage von uns abgegeben. Die Zuschlagsfrist ist auf 4 Wochen festgesetzt.

Karlsruhe, den 3. Juli 1904.

Gr. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1904 gelangen in der Schweiz neue Tarife zur Ausgabe, durch welche die Tarife

Teil II, Heft 1, 2, 3 und 4,

Teil IV, Heft 1, 2 und 4,

Teil V, Heft 1, 2 und 3 und

Teil VI

des Österreichisch-ungarisch-schweizerischen Eisenbahnverbandes teilweise unterboten werden.

Soweit dies der Fall ist, wird der Unterschied zwischen den auf Grund der genannten Verbandsverträge berechneten und auf Grund der Tarife bis und ab den schweizerischen Grenzstationen sich ergebenden Preisen dem Frachtpächter gegen Vorlage der die Frachtpachlung nachweisenden Belege erlassen.

Von badischen Stationen kommen Basel, Schaffhausen, Singen und Konstanz in Frage, da die in den genannten Tarifen für die gleichnamigen schweizerischen Stationen vorgesehenen Frachtpreise auch für die badischen Stationen gelten.

Auskunft erteilt unser Verkehrs-bureau. Karlsruhe, den 6. Juli 1904.

Großh. Generaldirektion.

Karlsruhe.

2440

Zu das Vereinsregister ist zu Wand II, C, 3, zum

Verein Alter Herren des Korps Franconia in Karlsruhe

eingetragen:

Nr. 2: Postbaurat Heinrich Zimmermann, Baurat J. Schweinfurt u. Architekt Theodor Bahngärtner sind aus dem Vorstand ausgeschieden; an deren Stelle in der Hauptversammlung vom 11. Juni 1904 Heinrich Abel, Bahnbauinspektor, Durlach, Eduard Stenmann, Gendarme-Major, Karlsruhe, und Eugen Roman, Baurat Durlach, als Vorstandsmitglieder gewählt.

Karlsruhe, den 2. Juli 1904.

Großh. Amtsgericht III.